

Vorwort der Herausgeber

Auch 40 Jahre nach Erscheinen der ersten Auflage stellt sich den JahrbuchautorInnen – wahrscheinlich intensiver als in vielen Jahren zuvor – die Frage, wie die EU auf die vielfältigen und tiefgehenden Krisen des vergangenen Jahres reagiert hat. Besonders die Covid-19-Pandemie hat sie vor immense Herausforderungen gestellt, aber dabei auch neue Integrationsschritte angestoßen. Neben den Auswirkungen der Pandemie und der Debatte zum Wiederaufbaufonds liegen weitere Schwerpunkte des Jahrbuchs 2021 auf dem Brexit, der Konferenz zur Zukunft Europas und der deutschen Ratspräsidentschaft. Die diesjährige 41. Ausgabe deckt dazu den Zeitraum Mitte 2020 bis Mitte 2021 ab.

Den wohl größten integrationspolitischen Schritt dieses Jahres stellt das im Juli 2020 vom Europäischen Rat beschlossene Aufbauinstrument NextGenerationEU (NGEU) und sein Kernstück, die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF), dar. Mit diesen Instrumenten hat die Europäische Union trotz großer Interessendivergenzen der Mitgliedstaaten eindrucksvoll ihre Handlungsfähigkeit bewiesen. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hat die Europäische Kommission gemeinschaftliche Schulden an den Finanzmärkten aufgenommen, ein Ereignis, das VertreterInnen der französischen Regierung als wichtigsten Integrationsschritt seit Einführung des Euro ansahen, wie Joachim Schild im Beitrag zu *Frankreich* herausstellt. Die dem zugrundeliegenden komplizierten Verhandlungen, zeichnet Peter Becker in seinem Beitrag zur *Haushaltspolitik* nach, die genaue Umsetzung der neuen Instrumente wird in *Der Wiederaufbauplan der Europäischen Union* beschrieben.

Einige ExpertInnen sprechen angesichts dieses wichtigen Integrationsschritts mittlerweile auch von einem neuen Integrationsansatz: statt nur „vorwärts zu scheitern“ (failing forward) erweitert die EU ihre Kompetenzen durch „erfolgreiches Vorangehen“ (succeeding forward), wie Christian Raphael, Darius Ribbe und Wolfgang Wessels in ihrem Beitrag über die *wissenschaftliche Debatte* herausstellen.

Die Art und Weise, wie die Pandemie die *institutionelle Architektur der Europäischen Union* beeinflusst hat, zeigen Carsten Gerards und Wolfgang Wessels. Anstatt von der EU als intergouvernementales Konstrukt oder supranationales System zu sprechen, ist ihre Arbeitsweise in der Pandemie eher durch ein Konkurrenz- oder Kooperationsmodell charakterisiert („Unionsmethode“), in dem oft integrationsfördernde Verschränkungen intergouvernementaler und supranationaler Dynamiken hervortreten.

Auch in der *Klima- und Umweltpolitik* blieb die EU 2020/2021 eine wichtige Treiberin, sowohl international als auch für ihre Mitgliedstaaten. Klaus Jacob erklärt in seinem Beitrag, wie besonders die Umsetzung der im Europäischen Green Deal angekündigten Maßnahmen dabei zentrale Instrumente waren.

Neben diesen Integrationserfolgen war das vergangene Jahr von teils bekannten, teils neuen Herausforderungen für die Union geprägt. Buchstäblich fast in letzter Minute einigen sich die EU und das Vereinigte Königreich auf ein Abkommen zur Regelung der künftigen Beziehungen. Allerdings bleibt auch 2021 das Verhältnis zwischen beiden Akteuren angespannt. Daniel Schade zeichnet das nervenaufreibende Finale des langen und schmerzhaften *Brexit*-Prozesses nach, während Birgit Bujard die neue „Normalität“ zwischen der *Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich* beschreibt.

Der Verlauf und die *Auswirkungen der Covid-19-Pandemie* mit ihren verschiedenen Wellen und hohen Opferzahlen haben die EU tief erschüttert, wie Manuel Müller detail-

liert nachzeichnet. Die Beiträge zur *Europapolitik in den Mitgliedstaaten* zeigen, wie unterschiedlich diese von der Pandemie und ihren wirtschaftlichen Folgen getroffen wurden. Wie die *Bundesrepublik Deutschland* es schaffte, ihre wirtschafts- und handelspolitischen Interessen im Rahmen der Ratspräsidentschaft durchzusetzen, beschreiben Katrin Böttger und Funda Tekin. Sie erläutern, wie die deutsche Ratspräsidentschaft bei den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen und dem Aufbauprogramm NGEU eine wichtige Vermittlerrolle einnahm und schließlich das ungarische und polnische Veto aufheben konnte.

Mit der neuen Konditionalitätsregelung kann die Europäische Kommission im Fall von Rechtsstaatlichkeitsverletzungen, die den Haushalt der Union bedrohen, Maßnahmen, wie zum Beispiel die Aussetzung von EU-Geldern, vorschlagen, denen der Rat mit qualifizierter Mehrheit zustimmen muss. Trotz einiger Abschwächungen dieses Mechanismus, die auf Drängen Polens und Ungarns zustande gekommen sind, hat die EU hiermit ein starkes neues Instrument zum Schutz der *Rechtsstaatlichkeit* auf den Weg gebracht, meint Gabriel N. Toggenburg. Die dem Widerstand gegen die Konditionalität zugrunde liegenden innenpolitischen Entwicklungen in *Polen* erläutert Agnieszka K. Cianciara.

Für die Außenbeziehungen der Union wird wichtig werden, wie sich das Verhältnis zwischen Brüssel und Washington nach der Amtsübernahme Joe Bidens gestaltet. Niklas Helwig zeigt in seinem Beitrag über die *Europäische Union und die USA* die Gleichzeitigkeit von Annäherung und andauernden Interessenskonflikten auf.

Ob dieser zahlreichen Herausforderungen zieht Werner Weidenfeld *Bilanz* und beschreibt die komplexe Problemlage der EU. Es bedürfe strategischen Denkens, politischer Erkenntnis und politischen Willens, um gestärkt aus der multiplen Krise hervorzugehen. Daran ansetzen soll die *Konferenz zur Zukunft Europas*, die eine Brücke zwischen den EU-BürgerInnen und den EU-Institutionen schlagen und neue Reformimpulse geben soll. Laut Manuel Müller ist ein erfolgreicher demokratischer Impuls der Konferenz jedoch fraglich angesichts der Konflikte über die Ausgestaltung der Konferenz zwischen Mitgliedstaaten und EU-Institutionen sowie der bisher verhaltenen medialen Resonanz.

In diesem Jahr erscheint das Jahrbuch in seiner 41. Ausgabe in Folge. Das 40-jährige Jubiläum feierten wir im Rahmen einer – leider noch digitalen – festlichen Veranstaltung im Mai 2021 im Beisein zahlreicher ehemaliger und aktueller Autorinnen und Autoren.

Bereits seit 1980 begleitet das Jahrbuch den europäischen Integrationsprozess hautnah, stets aktuell und dabei immer wissenschaftlich fundiert. In den 111 Beiträgen von 117 (Ko-)AutorInnen ist auch die vorliegende Ausgabe wieder ein wichtiges Stück europäischer Zeitgeschichte, das die europapolitischen Entwicklungen in allen wichtigen Politikfeldern, Institutionen und den Mitgliedstaaten für interessierte LeserInnen der Gegenwart wie der Zukunft aufbereitet. Den Autorinnen und Autoren sei daher an dieser Stelle ein besonderer Dank ausgesprochen. Auch ohne die gründliche Arbeit der Redaktion des Jahrbuchs wäre seine Realisierung in diesem Jahr nicht möglich gewesen. Ein großer Dank gilt daher David Nonhoff, York Albrecht und Jula Bartscher vom Institut für Europäische Politik (IEP) für ihr sachkundiges und geduldiges Lektorat.

Das Jahrbuch ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik, das in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München (C.A.P) und dem Centrum für Türkei und EU Studien (CETEUS) der Universität zu Köln verwirklicht wird. Ohne die großzügige Förderung durch das Auswärtige Amt war und ist das Jahrbuch nicht realisierbar.

Werner Weidenfeld

Wolfgang Wessels